

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

Umgehend menschenwürdige Regelsätze einführen

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts („Regelleistungen nach SGB II nicht verfassungsgemäß“) erwartet die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, eine umgehende Neuregelung der Regelsätze.

Die DGB-Vorsitzende forderte die Bundesregierung auf, Arbeitssuchende nicht länger als „zu bestrafende Arbeitsunwillige“ zu behandeln, sondern ihnen und ihren Familien menschenwürdige Sozialleistungen zu Verfügung zu stellen.

„Dazu ist in erster Linie notwendig, den statistischen Warenkorb für den Lebensunterhalt realistisch zu ermitteln und zu aktualisieren“, so Zinke.

Dass das Bundesverfassungsgericht mehrfach die Berechnungsmethoden beanstandet und teilweise von „Schätzungen ins Blaue hinein“ gesprochen habe, zeige, welche Mängel hier vorhanden seien, so Zinke weiter.

„Außerdem muss der Bedarf der Kinder eigenständig ermittelt werden, wobei Ausgaben wie bspw. für Schule, auch Nachhilfe, Kultur und Sport berücksichtigt werden müssen“, sagte Zinke.

Abschließend forderte die DGB-Vorsitzende die Bundesregierung auf, die neuen Regelsätze unter Beteiligung von Expertinnen und Experten aus gesellschaftlichen Gruppen festzulegen.

PM 07/10
09.02.10

E-Mail:
dieter.pienkny@dgb.de

Internet:
www.berlin-brandenburg.dgb.de



Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 212 40-111
Telefax 030 - 212 40-114